

Pressemitteilung: 12.902-200/22

Öffentliche Schulden im 2. Quartal 2022 gestiegen

Öffentliches Defizit reduzierte sich im 1. Halbjahr 2022 auf 0,5 % des BIP

Wien, 2022-09-30 – Ende Juni 2022 betrug die Staatsverschuldung 354,6 Mrd. Euro und war damit um 6 Mrd. höher als am Ende des 1. Quartals 2022. Das öffentliche Defizit ging von 19 Mrd. im 1. Halbjahr des Vorjahres auf 1,0 Mrd. Euro im 1. Halbjahr 2022 zurück.

Der **öffentliche Schuldenstand** am Ende des 2. Quartals 2022 belief sich vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria zufolge auf 354,6 Mrd. Euro. Die **Schuldenquote** – das Verhältnis der Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) – lag bei 82,7 %.

Aus den Ergebnissen für das 1. Halbjahr 2022 lassen sich nur bedingt Aussagen über das Jahresergebnis 2022 ableiten. Fiskalische Maßnahmen, die aufgrund der Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine beschlossen wurden, werden sich zum überwiegenden Teil erst im 2. Halbjahr 2022 in den Ergebnissen zeigen.

Öffentliches Defizit im 1. Halbjahr 2022 bei 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts

Das Finanzierungsdefizit des Staates betrug im 1. Halbjahr 2022 1,0 Mrd. Euro. Gemessen am BIP zu laufenden Preisen lag das **öffentliche Defizit** bei 0,5 %. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2021 (Defizit von 19,0 Mrd. Euro bzw. 9,8% des BIP) ist das ein Rückgang um 18,0 Mrd. Euro. Die Staatseinnahmen stiegen im Vergleich zum 1. Halbjahr 2021 um 12,0 % bzw. 11,4 Mrd. Euro. Die Staatsausgaben reduzierten sich um 5,9 % bzw. 6,6 Mrd. Euro.

Markanter Anstieg der Staatseinnahmen im 1. Halbjahr 2022

87,4 % der **Staatseinnahmen** im 1. Halbjahr 2022 stammen aus Steuern und Sozialbeiträgen, die in Summe 92,6 Mrd. Euro ausmachten. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 12,5 %, bzw. 10,3 Mrd. Euro.

Auf der Einnahmenseite waren im 1. Halbjahr 2022 die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 15,5 % höher und überstiegen auch das Vor-Corona-Niveau des 1. Halbjahrs 2019 deutlich. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung im 1. Halbjahr waren hier vor allem die Gütersteuern (+13,2 %) sowie die Einkommensteuern (+19,2 %) die Treiber für den deutlichen Einnahmenezuwachs des Staates. Die Sozialbeiträge entwickelten sich mit +7,5 % weniger dynamisch als die Steuereinnahmen.

Deutlicher Rückgang der Staatsausgaben im 1. Halbjahr 2022

Der absolute Rückgang der **Staatsausgaben** ist vor allem dem starken Rückgang der staatlichen Subventionen (-7,9 Mrd. Euro) geschuldet. Bedingt durch die auslaufenden Corona-Maßnahmen sanken diese im 1. Halbjahr 2022 um 62,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Vor allem der Rückgang der COFAG-Zuschüsse war hauptverantwortlich für die gesunkenen Subventionen. Der Konjunkturaufschwung brachte auch eine spürbare Erholung des Arbeitsmarktes sowie stark rückläufige Ausgaben für die Kurzarbeit durch den Staat. Darüber hinaus führte die Entwicklung am Arbeitsmarkt zu einem weniger starken Anstieg der Ausgaben für monetäre Sozialleistungen, vor allem zu gesunkenen Ausgaben für Arbeitslosengeld.

Öffentlicher Schuldenstand Ende Juni 2022 bei 354,6 Mrd. Euro

Der Schuldenstand zum Stichtag 30. Juni 2022 betrug 354,6 Mrd. Euro, dies sind 6 Mrd. Euro mehr als am Ende des Vorquartals. Nach der **Art der Verschuldung** aufgeteilt, entfielen vom Schuldenstand am 30. Juni 2022 309,7 Mrd. Euro auf Anleihen, 43,1 Mrd. Euro auf Kredite und 1,8 Mrd. Euro auf Einlagen.

Wie auch in den Vorquartalen geht der größte Anteil des Anstiegs des öffentlichen Schuldenstands mit 7 Mrd. Euro auf den Bundessektor zurück. Der Anstieg im Bundessektor wird durch die anderen Teilsektoren um 1 Mrd. Euro leicht verringert, besonders durch unterjährigen Schuldenabbau im Landesektor. Den größten Teil der Erhöhung der Schulden des Bundessektors macht die Kerneinheit Bund aus, wo mit den neu aufgenommenen Schulden Liquidität sichergestellt wurde.

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen zu den öffentlichen Finanzen finden Sie auf unserer [Webseite](#), hier stehen auch detaillierte Informationen zu den Auswirkungen der COVID-19-Krise zur Verfügung.

Tabelle 1: Öffentliche Finanzen – Eckdaten des Staates im 1. Halbjahr

	1. Halbjahr 2019	1. Halbjahr 2020	1. Halbjahr 2021	1. Halbjahr 2022
Staatseinnahmen in Mrd. Euro	94,0	88,8	94,5	105,9
davon				
Steuereinnahmen	51,9	47,3	51,0	58,9
Sozialbeiträge	30,1	29,9	31,3	33,6
Produktionserlöse	8,5	8,1	8,6	8,7
Sonstige	3,5	3,6	3,7	4,6
Staatsausgaben in Mrd. Euro	94,0	101,3	113,5	106,8
davon				
Sozialleistungen	43,4	45,1	48,5	49,5
davon monetäre Sozialleistungen	35,4	37,4	39,7	40,0
Personalaufwand	20,7	21,2	22,2	22,6
Sachaufwand	11,6	11,7	13,9	14,3
Subventionen	2,6	8,6	12,7	4,8
Investitionen	5,3	5,3	5,6	5,8
Zinsausgaben	2,9	2,6	2,2	2,0
Sonstige Ausgaben	7,6	6,8	8,5	8,0
Defizit/Überschuss in Mrd. Euro	0,0	-12,5	-19,0	-1,0
Defizit/Überschuss in % des BIP	+0,0	-6,8	-9,8	-0,5
BIP in Mrd. Euro	194,8	183,8	193,7	215,7

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen, Berechnungsstand: 30.09.2022. Rundungsdifferenzen werden nicht ausgeglichen.

Tabelle 2: Vierteljährlicher öffentlicher Schuldenstand, absolut und in Prozent des Bruttoinlandprodukts im Vergleich zum Vorquartal nach Teilsektoren des Staates

Teilsektoren des Staates	in Mrd. Euro		in % des BIP	
	Q2/2022	Q1/2022	Q2/2022	Q1/2022
Staat insgesamt	354,6	348,6	82,7	83,4
Bundessektor	312,1	305,0	72,8	73,0
Landessektor	23,4	24,1	5,5	5,8
Gemeindesektor	19,3	19,6	4,5	4,7
Sozialversicherungssektor	-0,2	-0,1	0,0	0,0

Q: STATISTIK AUSTRIA, Öffentliche Finanzen, Berechnungsstand: 30.09.2022. Rundungsdifferenzen werden nicht ausgeglichen.

Informationen zur Methodik, Definitionen: Die Staatseinnahmen und -ausgaben werden nach dem Europäischen System für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (ESVG 2010) kategorisiert. Das öffentliche Defizit bzw. der öffentliche Überschuss ergeben sich aus der Differenz von Staatseinnahmen und Staatsausgaben.

Die angeführten Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen beinhalten auch jene veranlagten Steuern und Sozialbeiträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist.

Da bei der Berechnung des öffentlichen Schuldenstands die Forderungen gegenüber anderen staatlichen Stellen abgezogen werden („intergovernmentale Forderungen“ bzw. „konsolidierte Darstellung“), sind bei der Interpretation der Veränderung des Schuldenstands sowohl die Entwicklung der Verbindlichkeiten als auch der intergovernmentalen Forderungen zu berücksichtigen. Das gilt sowohl für den Staat insgesamt als auch für die Beiträge der einzelnen Teilssektoren zum öffentlichen Schuldenstand. Die Verbindlichkeiten des Sozialversicherungssektors, die stark zurückgingen, waren am Ende des 1. und 2. Quartals 2022 niedriger als die intergovernmentalen Forderungen, sodass dieser Teilssektor einen „negativen“ Beitrag zum öffentlichen Schuldenstand leistete. Die für die Konsolidierung relevanten Forderungen des Sozialversicherungssektors bestehen hauptsächlich aus Bundesanleihen der Republik Österreich.

Bei Rückfragen zum Thema wenden Sie sich an:

Max Stumm, Tel.: +43 1 711 28-8119, E-Mail: max.stumm@statistik.gv.at

Kerstin Gruber, Tel.: +43 1 711 28-7875, E-Mail: kerstin.gruber@statistik.gv.at

Medieninhaberin, Herstellerin und Herausgeberin:

STATISTIK AUSTRIA | Bundesanstalt Statistik Österreich | Guglgasse 13 | 1110 Wien | www.statistik.at

Pressestelle: Tel.: +43 1 711 28-7777 | E-Mail: presse@statistik.gv.at

© STATISTIK AUSTRIA